

### Apotheken

## Fragwürdiges Verhalten

Beim Streit um die Zulassung der saarländischen Filiale des holländischen Arzneimittelversandhändlers DocMorris geht es um das hergebrachte Mehrbesitzverbot für Apotheken, wonach eine Apotheke nur von einem Apotheker betrieben werden darf. Mit der Novellierung des Apothekengesetzes im Jahre 2004 wurde das Mehrbesitzverbot gelockert: seitdem dürfen Apotheker – aber nur diese – neben ihrer Hauptapotheke bis zu drei Filialen betreiben.

Nur vordergründig dient diese Beschränkung dem Patientenschutz, denn dafür wäre es ausreichend, für Apotheken die Präsenz eines verantwortlichen Apothekers vorzuschreiben; das Eigentum durch einen Apotheker ist dagegen nicht nötig. Das Mehrbesitzverbot ist vielmehr mittelstandspolitisch motiviert, es soll eine Konzentration zu Apothekenketten verhindern, wie dies im übrigen Einzelhandel bereits geschehen ist. Die vollständige Beseitigung des Mehrbesitzverbotes würde eine solche Konzentration zweifellos begünstigen, zumal seit der Novellierung im Jahr 2004 der Versandhandel freigegeben und die Preisbindung für nicht verschreibungspflichtige Arzneimittel aufgehoben ist. Ob Apothekenketten wie in den USA auch hierzulande die Einzelapotheken verdrängen werden, hängt freilich vom Verhalten der Patienten und dem Einfallsreichtum der Apotheker ab.

So anachronistisch das Mehrbesitzverbot auch ist, so fragwürdig ist die Rolle des saarländischen Gesundheitsministers zu beurteilen, der durch die gesetzwidrige Zulassung der DocMorris-Filiale die gerichtliche Auseinandersetzung in Gang gesetzt hat. Die saarländische Regierung war via Bundesrat an der Gesetzgebung im Jahre 2004 beteiligt. Wenn sie sich nur zwei Jahre später mit dem Hinweis auf die Niederlassungsfreiheit in der EU um deutsche Gesetze nicht mehr schert, offenbart sie ein seltsames Rechtsverständnis. Der Minister mag sich wie Robin Hood vornehmen, ehrbare Kaufleute würden von Sittenverfall sprechen. hhh

### Arbeitsmarkt

## Aufschwung angekommen?

Die jüngsten Arbeitsmarktzahlen haben für eine positive Überraschung gesorgt. Wenn man den Zahlen glauben darf, hat sich insbesondere die Arbeitslosigkeit im Monat Juli besser entwickelt als in den vergangenen zwei Jahrzehnten, denn im Juli ist die Zahl der

Wirtschaftsdienst 2006 • 8

Arbeitslosen nicht wie üblich gestiegen, sondern um 12 000 Personen gegenüber dem Vormonat gesunken. Saisonbereinigt tauchten damit gar 84 000 Personen weniger in der Statistik auf als im Juni. Auch bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zeigen die Daten derzeit eine Aufwärtstendenz. Ist dies die Wende auf dem Arbeitsmarkt?

Vorsicht ist angezeigt: Ob der zuletzt außerordentlich starke Rückgang der saisonbereinigten Arbeitslosigkeit zuvorderst der an Fahrt gewinnenden Konjunktur oder aber statistischen Effekten geschuldet ist, die sich aus dem Zusammenspiel von Umstellung des Zähltermins im letzten Jahr und dem Saisonbereinigungsverfahren ergeben, werden eventuell schon die Augustzahlen zeigen. Einen weiteren Grund zur Skepsis liefert aber auch die in der Vergangenheit starke Revisionsanfälligkeit der Daten zur sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung. Doch selbst wenn die aktuellen Daten zutreffen, ist zu beachten, dass die meisten dieser neu geschaffenen Stellen im Sektor unternehmensnahe Dienstleistungen entstehen. Hier sind die Zeitarbeitsfirmen beheimatet, die derzeit eine Hochkonjunktur erleben, weil die Unternehmen sehr vorsichtig bei ihren Personaldispositionen sind. Offenbar sorgt die Anfang 2007 in Kraft tretende Anhebung der Mehrwertsteuer für große Verunsicherung bei den Unternehmen. Angesichts der derzeit anziehenden Binnennachfrage werden daher Arbeitskräfte zunächst nur ausgeliehen und nicht fest eingestellt. Hinweise hierfür liefern ebenfalls die aktuellen Werte der Konjunkturindikatoren, die nun auch die Erwartungen der Befragten für den kommenden Januar enthalten und infolgedessen abgesackt sind. Ob der Aufschwung also wirklich auf dem Arbeitsmarkt angekommen und der derzeitige Stellenaufbau von Dauer ist, bleibt abzuwarten. ao

### EZB

## Zinserhöhung nicht förderlich

Während die US-amerikanische Federal Reserve Bank auf ihrer letzten Sitzung beschlossen hat, ihren Leitzins erstmals seit Juni 2004 nicht weiter anzuheben und vorerst bei 5,25% zu belassen, erhöhte die Europäische Zentralbank (EZB) die Leitzinsen für den Euroraum Anfang August zum vierten Mal in Folge um 25 Basispunkte auf nunmehr 3,0%. Die EZB bewegt sich damit nach vollzogener Zinswende auf ihrem geldpolitische Kurs weiter in Richtung auf den „neutralen Zins“. Berechnungen in der jüngsten Gemeinschaftsdiagnose zufolge liegt der konjunkturneutrale Zins für den Euroraum bei ungefähr 3,5%. Die mone-

489

tären Rahmenbedingungen wirken daher derzeit immer noch leicht expansiv.

Die aufwärtsgerichtete Konjunktur und die zunehmenden Inflationsgefahren im Euroraum rechtfertigen die Zinsentscheidung der EZB. Angesichts bestehender Inflationsdifferenzen und unterschiedlicher Konjunkturverläufe in den Ländern des Euroraums stellt sich aber die Frage, inwieweit das Konzept des „neutralen Zinssatzes“ für die EZB zur Bestimmung ihrer geldpolitischen Ausrichtung tatsächlich geeignet ist. Strukturelle Heterogenität in Verbindung mit nach wie vor unzureichenden realwirtschaftlichen Anpassungs- und Ausgleichsmechanismen zwischen den Volkswirtschaften lassen einen gemeinsamen „neutralen Zins“ für den gesamten Euroraum als einen reinen ökonomischen Artefakt erscheinen. So dürfte der „neutrale Zins“ für Deutschland deutlich niedriger liegen als für den Euroraum insgesamt und somit die derzeitige Geldpolitik sogar schon leicht restriktiv wirken. Dies gilt umso mehr, als für 2007 mit einer Abschwächung der Konjunktur zu rechnen ist. Die neuerliche Zinserhöhung der EZB ist vor diesem Hintergrund für den Euroraum zwar verständlich, für Deutschland jedoch konjunkturell nicht eben förderlich. hv

#### Zuwanderung

### Punktesystem für Migranten

Die schulische und berufliche Qualifikation der zahlenmäßig dominierenden Zuwanderer-Kinder aus der Türkei und der früheren Sowjet-Union liegt weit unter dem deutschen Durchschnitt. Den Ansprüchen einer Wissensgesellschaft wird die Mehrzahl dieser Menschen kaum genügen können. Dass mit dem seit 2005 geltenden Zuwanderungsrecht nachhaltige Fortschritte in diese Richtung erzielt werden, kann bezweifelt werden. Hochqualifizierten wird die Tür nach Deutschland ein wenig geöffnet. Allerdings ist die Abgrenzung viel zu eng, um im internationalen Wettbewerb um diese Menschen die Chancen qualifizierter Immigration auszuschöpfen. Geboten ist eine Regelung, welche einerseits flexibel – je nach Bedarf am heimischen Arbeitsmarkt – zu handhaben ist, andererseits aber klare Kriterien festlegt, nach denen dauerhafte Einwanderung nicht nur möglich, sondern sogar erwünscht ist.

Diesen Anforderungen genügt am besten ein Punktesystem, welches vor allem Ausbildung, Berufserfahrung, Sprachkenntnisse, investitionsberechtigtes Kapital und Alter von Zuwanderungskandidaten vor dem Hintergrund arbeitsmarktbezogener Anforderungen bewertet. Andere Länder, die bereits ein solches System anwenden, waren offenbar bisher erfolgreicher als Deutschland in der Attrahierung international mo-

biler Hochqualifizierter. Ein Punktesystem war auch in Deutschland schon vom Zuwanderungsrat vorgeschlagen worden – es ist leider sachfremden Argumenten zum Opfer gefallen. Punkte für Migranten allein werden allerdings kaum einen Boom hochqualifizierter Zuwanderer auslösen. Dazu bedarf es neben einer klaren politischen Willkommensbotschaft auch einer Rückkehr zu größerer wirtschaftlicher Dynamik in Deutschland. Ausländische Hochqualifizierte wie auch Unternehmen werden sich eher in einem dynamischen Umfeld engagieren als in einem von Stagnation und Selbstzweifeln geplagten Land. rj

#### G8-Gipfel

### Russlands Ziele verfehlt

Was 1975 im französischen Rambouillet als ein Kamingespräch der führenden sieben demokratischen Industrienationen klein begann, ist in den darauf folgenden Jahren zu einer riesigen Veranstaltung angewachsen, an der seit 1998 auch Russland teilnimmt. Die Aufnahme Russlands in den Club der Reichen sollte dem Land helfen – sein BIP pro Kopf macht nur rund ein Zehntel des entsprechenden Einkommens der G7 aus –, eine führende demokratische Industrienation zu werden.

In seinen unermüdlichen Bemühungen, den alten Glanz Russlands aufzupolieren, setzte Wladimir Putin alles daran, den St. Petersburger Gipfel dafür zu nutzen, Russland wieder in den Rang einer internationalen Führungsmacht zu erheben. Die Aufnahme Russlands in die WTO als erhofftes Gastgeschenk Bushs, die globale Energiesicherheit als Hauptthema des Treffens, bei dem russische Öl- und Gasvorkommen stets überzeugende Argumente sind, und die prachtvolle reale und potemkinsche Kulisse der russischen Wirtschaftskraft und Demokratie, sollten die Basis dafür liefern.

Die erhofften Ziele des St. Petersburger Gipfels aus russischer Sicht wurden verfehlt. Das Gastgeschenk aus Washington blieb aus; über den WTO-Beitritt Russlands muss noch weiter verhandelt werden. Die Erörterung der Energiesicherheit wurde durch den Krieg im Nahen Osten überschattet. Heraus kamen nur vage Absichtserklärungen zur Anwendung der Atomkraft und zur Transparenz der Energiemärkte. Die Selbstdarstellung Russlands konnte die Clubmitglieder nicht über das eigenartige russische Verständnis von Demokratie und Rechtsstaat hinwegtäuschen. Zudem konnte sich der russische Präsident mit seinem Vorschlag nicht durchsetzen, die G8 um weitere Länder – etwa China und Indien – zu erweitern, um seine Idee von der „multipolaren Weltordnung“ wenigstens im Rahmen des Clubs zu verwirklichen. ap